

16. Landtag von Baden-Württemberg, 71. Sitzung

Donnerstag, 11. Oktober 2018, 09:30 Uhr

Rede

des Bildungspolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion
Karl-Wilhelm Röhm MdL

Unterrichtsausfall auf Rekordniveau – Eltern an Gymnasien verklagen Kultusministerium

Es gilt das gesprochene Wort.

Karl-Wilhelm Röhm MdL:

CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Kollege Dr. Fulst-Blei, zunächst einmal: Sie haben dpa eine Vorausmeldung geliefert und das, was Sie heute dargelegt haben, bereits angekündigt. Ich möchte auf einen Punkt vorab eingehen: auf die Bewerberlage. Sie sagen, die Leute gebe es und wir brauchten nur zuzugreifen. Ich nenne Ihnen einmal die Zahlen, wenn Sie vom Gymnasium sprechen, welche Fächer zur Verfügung stehen: 700 Englisch, 650 Deutsch, 570 Geschichte, 305 Französisch, 280 Spanisch, 245 Erdkunde und 205 Latein.

Wo sind da jetzt die Lehrer dabei, die wir benötigen? Wir brauchen Lehrkräfte mit den entsprechenden Fächerkombinationen, und die sind aufgrund dieser Zahlen schlicht und einfach so nicht gegeben. Das heißt, man kann zwar eine 106-prozentige oder gar eine

110-prozentige Unterrichtsversorgung fordern, aber auch dadurch ist nicht sichergestellt, dass fächerspezifisch ausgeholfen werden kann. Das wollte ich einmal bemerken.

Zum anderen: Sie sind fälschlicherweise – Herr Stoch hat in Pforzheim sehr anschauliche Ausführungen gemacht; da gebe ich Ihnen, Frau Boser, recht – von sinkenden Schülerzahlen ausgegangen. Das sind andere vielleicht auch. Das mache ich Ihnen nicht zum Vorwurf. Aber Sie sollten doch anerkennen, dass all die Konsequenzen, die Sie daraus gezogen haben – Sie haben im Grundschulbereich nämlich die Zahl der Studienplätze von 1 450 auf 970 abgebaut. Das ist ein Minus von 33 %. Sie haben in der Sekundarstufe I die Zahl der Studienplätze von 1 925 auf 1 510 zurückgeführt. Das ist ein Minus von 22 %.

Wir haben all diese Maßnahmen bereits beendet und den alten Zustand wiederhergestellt. Das ist das Entscheidende.

Wir haben gehandelt und nicht nur darüber geredet.

Vielmehr reden wir jetzt im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt darüber, ob wir über diese Zahl hinausgehen, und reden von 200 zusätzlichen Studienplätzen im Bereich der Grundschule. Das zeigt politisches Handeln. Sie sollten hier nicht weinerlich auftreten und jede Schuld von sich weisen. Vielmehr sollten Sie endlich einmal anerkennen, dass wir handeln.

Wo haben Sie denn Vorsorge betrieben? Sie wollten eine Krankheitsvertretungsreserve von 1 000 Lehrern aufbauen. Sie haben zweimal 200 geschaffen; dabei sind Sie stehen geblieben. Diese Reserve haben Sie also niemals aufgebaut.

Wo haben Sie denn vorsorglich gehandelt, wohlwissend, dass in der Lehrausbildung Ausbildungszeiten verlängert werden, nämlich für das Grundschullehramt von sechs auf acht Semester, für die Sekundarstufe I von acht auf zehn Semester? Sie haben gewusst, dass dann ganze Jahrgänge ausfallen werden. Welche Vorsorge – Herr Dr. Fulst-Blei, Sie haben ja noch Redezeit; das können Sie nachher hier erklären – haben Sie diesbezüglich getroffen? Keine Vorsorge haben Sie getroffen.

Vielmehr haben wir gehandelt.

Deswegen muss ich Ihnen vorwerfen: Mit der heutigen Debatte beklagen Sie Ihr eigenes Unvermögen in der Zeit, in der Sie Regierungsverantwortung trugen. Das sollten Sie nicht immer wieder tun.

Was haben wir, Grün-Schwarz, getan? Wir haben den Pfad des Lehrerstellenabbaus gestoppt, und Sie sollten es endlich einmal unterlassen, den Lehrerstellenabbau ewig dem Ministerpräsidenten in die Schuhe schieben zu wollen.

Vielmehr waren wir diejenigen, die diesen Pfad gestoppt haben. Wir haben in gutem Einvernehmen die Absenkung der Eingangsbesoldung um 8 % aufgehoben.

Wir haben die Zahl der Studienplätze – ich habe es bereits erwähnt – auf den alten Stand gebracht, und wir haben mit dem Qualitätskonzept ein System auf den Weg gebracht – dieses wird ab 1. Januar 2019 umgesetzt –, indem wir den Lehrerinnen und Lehrern entsprechende Unterstützungssysteme zur Bewältigung des Schulalltags zur Verfügung stellen.

Diese Landesregierung ist zudem die erste, die absolut offen und transparent mit dem Thema Unterrichtsausfall umgeht. Die Vollerhebungen sollten Sie nicht so lächerlich machen wollen, sondern die daraus gewonnenen Daten sind für uns wichtig. Es werden weitere folgen, und dann kann man auch ein entsprechendes Maßnahmenpaket treffen. Das haben wir gemacht. Wir haben Teilzeiterhöhung ermöglicht, wir haben Versetzungen in Mangelregionen vorgenommen, wir haben pensionierte Lehrkräfte reaktiviert, und wir haben Gymnasiallehrer dazu animiert, zeitlich befristet in den Grundschulen zu arbeiten. Wir, die CDU-Fraktion, werden vor allem auch einen Punkt in die Diskussion einbringen und leidenschaftlich mit allen Beteiligten diskutieren: Ich nenne bewusst das Stichwort Lebensarbeitszeitkonto. Wir müssen darüber nachdenken, wie die einzelne Schule mehr Handlungsspielraum bekommt, um entsprechende Engpässe zu überwinden. Im Übrigen sind wir den Lehrkräften sehr dankbar, dass sie viel dazu beitragen, dass Unterrichtsausfall aktuell vermieden werden kann. Das möchte ich an dieser Stelle auch einmal – nicht nur als ehemaliger Lehrer, sondern als betroffener Politiker – sagen.

Fazit vorerst: Die derzeitige Unterrichtsversorgung kann uns selbstverständlich nicht zufriedenstellen. Die Ministerin sagt das immer wieder. Aus diesem Grund hat für uns eine verlässliche Unterrichtsversorgung höchste Priorität, für uns, die beiden Koalitionspartner.

Wir haben – Frau Boser hat es gesagt – keinen Stellenmangel, sondern wir haben einen Bewerbermangel. Diesen müssen wir vor allem fachbezogen abmildern.

Deswegen haben wir im dargelegten Sinne gehandelt. Wir haben – ich sage es nochmals: ob die Prognose richtig war oder nicht – die falsche Weichenstellung beendet, haben Umkehrungen eingeleitet und sind jetzt auf einem guten Weg.